

sionellen Bewußtseins zugunsten eines vageren Religionsbegriffs aufgrund des Bewußtseins um viele Religionen und eine wachsende Anzahl vielfältig motivierter Atheisten; Vorrangigkeit der sich aus der Lebenssituation ergebenden Probleme, denen gegenüber konfessionelle Unterscheidungen zurücktreten; schrumpfendes Glaubenswissen. Was die drei Tendenzen innerlich verbinde, sei die Ablösung der christlichen Wahrheit von ihrem Bezug zur Gemeinschaft. Das konkrete Erleben der Konfession werde bei Jugendlichen kaum von den Unterscheidungslehren begründet, „sondern die Konfessionen scheinen ihnen durch die Ordnung der kirchlichen Organisation bzw. deren Bürokratie begründet“. Die Schwierigkeit, jungen Menschen konfessionelle Unterschiede zu erklären, könne dazu beitragen, die Entfremdung zwischen Jugend und Kirche zu fördern. Bleistein geht auf das Konzil der Jugend

von Taizé ein, das eine ökumenische Realität sei und zwischen den Kirchen seinen eigenen Weg gehe. Es bleibe allerdings die Frage: „Läßt sich vom Modell Taizé her der Prozeß einer als Entkonfessionalisierung sich darstellenden Entchristlichung unterlaufen?“

**MOLLAT, MICHEL. Die Armut des Franziskus: Eine christliche und gesellschaftliche Grundentscheidung.** In: *Concilium* Jhg. 17 Heft 11 (November 1981) S. 706–712.

Das gesamte Concilium-Heft vom November ist Franz von Assisi gewidmet. Der französische Historiker Mollat versucht das Neue und Originelle an der Entscheidung des Franziskus für die Armen auf dem Hintergrund der verschiedenen Bewegungen des 12. Jahrhunderts herauszuarbei-

ten. Sowohl in der Rangordnung der Werte wie in zeitlicher Hinsicht habe die christliche Option bei Franziskus den Vorrang vor der gesellschaftlichen: „Franziskus ist zuerst zu Christus und durch ihn zu den Armen gegangen.“ Die Originalität des Franziskus bestehe weniger im geistigen Erfassen der Armut, sondern in der Art und Weise, wie er die Herausforderungen seiner Zeit durch das Elend annahm. Er habe die Würde des Armen um ihrer selbst willen verkündet, „nicht nur als Abbild Christi, sondern weil Jesus ihn um seiner selbst willen geliebt hat“. Als Elemente der gesellschaftlichen Option für die Armut bei Franziskus nennt Mollat die Absage an die Gewalt, die Aufmerksamkeit für Randgruppen in der Gesellschaft, die Absage an die Wissenschaft. Die Option des Franziskus komme besonders klar dadurch zum Ausdruck, daß er sich der Herausforderung durch die Städte gestellt habe.

## Personen und Ereignisse

In seiner Botschaft zum diesjährigen Andreasfest an den Ökumenischen Patriarchen *Dimitrios I.* erinnerte *Johannes Paul II.* an seinen Besuch in Konstantinopel vor zwei Jahren und die damals bekanntgegebene Aufnahme des offiziellen theologischen Dialogs zwischen Orthodoxie und katholischer Kirche. Der Papst äußerte seine Befriedigung über die bisherige Arbeit der Dialogkommission. Der Weg zur Einheit dürfe nicht verlangsamt werden oder sich verlieren. Sowohl die Nöte der christlichen Welt wie die Herausforderungen, vor denen die Menschheit heute stehe, verlangten, daß der Dialog zwischen den beiden Kirchen nicht bei zweitrangigen Fragen steckenbleibe, sondern sich auf das Wesentliche konzentriere, um so bald als möglich jene volle Einheit zu erreichen, die ein wichtiger Beitrag zur Versöhnung aller Menschen untereinander sein könne.

Im Alter von 53 Jahren starb am 23. November an einem Herzinfarkt der Professor für Pastoraltheologie an der Universität Augsburg, Prälat *Karl Forster*. Forster gehörte zu den einflußreichsten Persönlichkeiten im deutschen Katholizismus seit den frühen 60er Jahren. Von 1957 bis 1966 war Forster Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, von 1966 bis 1971 fungierte er als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und war in dieser Eigenschaft in der Vorbereitungs- und Eröffnungsphase auch Sekretär der Gemeinsamen Synode in Würzburg. 1971 erhielt er einen Ruf als Ordinarius für Pastoraltheologie in Augsburg. Zum Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Tätigkeit wurde vor allem die Pastoralsoziologie. An den demoskopischen Umfragen zu verschiedenen kirchensoziologischen Themen (Synodenumfragen, Priester, Frau usw.) hatte er wesentlichen Anteil.

Bei einem Seminar, das zum 90. Jahrestag von „*Rerum novarum*“ in Rom stattfand, vertrat Prof. *Hermann Wallraff*, Frankfurt, die Ansicht, die Bedeutung der katholischen Soziallehre für die Gesellschaft bestehe nicht im Vortrag von Programmen und allgemeinen Prinzipien, sondern im vorsichtigen Abwägen von Werten bei konkreten Entscheidungen. Während die Bischöfe es weitgehend dabei beließen, allgemeine Prinzipien der

katholischen Soziallehre zu wiederholen und sich damit „vornehm hinter ihre Mitra zurückziehen“, sei es Aufgabe der katholischen Laien, die Soziallehre in Selbstverantwortung zu verwirklichen. Entscheidungen könnten nur nach vorsichtigem Abwägen und unter Vorbehalt getroffen werden, weil bereits morgen eine andere Wertekombination vordringlich sein könne.

Als erstes Bundesland hat Niedersachsen ein zentrales, von Hochschulen unabhängiges Forschungsinstitut gegründet, das sich des Themas „Frau und Gesellschaft“ annehmen soll. Die Leitung des Instituts, dem zunächst jährlich ein Etat von 700 000 Mark zur Verfügung steht, wird Prof. *Rita Sißmuth*, Dortmund, übernehmen. Untersucht werden soll die Situation der Frauen in Familie, Arbeitsleben und Öffentlichkeit. Man will dabei auch die Forschungsergebnisse anderer Institute zu Frauenfragen dokumentarisch erfassen. Die Resultate sollen dem Gesetzgeber und den Verwaltungen mit dem Ziel zur Verfügung gestellt werden, noch bestehende Benachteiligungen der Frauen in der Gesellschaft abzubauen.

Für eine einseitige atomare Abrüstung als christliches Gebot hat sich der niederländische Theologe *Edward Schillebeeckx* vor der in Amsterdam stattfindenden Anhörung des Weltkirchenrates über Fragen der Atombewaffnung ausgesprochen. In seiner Aussage vertrat Schillebeeckx die Ansicht, man könne eine einseitige Abrüstung vielleicht als töricht abtun, wenn es allein um nationale Sicherheit oder die Sicherheit der Nato- oder Ostblockländer ginge. „Wenn man jedoch den Frieden als Ziel weltumspannender Gerechtigkeit sieht, dann kann die einseitige Abrüstung die einzige Hoffnung sein.“

Während eines Besuchs in Wien bezeichnete der Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz, Bischof *József Cserháti* von Pécs, den Konflikt um einen Teil der katholischen Basisgruppen in Ungarn als „sehr gefährliche und für die Kirche Ungarns schmerzliche Entwicklung“. Es bestehe die Gefahr, daß es zu einer Kluft zwischen einem Teil der Basisgruppen und der kirchlichen Gemeinschaft komme. Manche dieser Gruppen stellten sich „gegen das Institutionelle oder Hier-

archische in der gegenwärtigen Kirche“. Allerdings betreffe das nur einen Teil der spontan an der Basis entstandenen Gruppen junger Christen. Cserháti hob hervor, daß sich die ungarische Kirche positiv zu den Basisgruppen stelle: „Worauf wir allerdings Wert legen müssen, ist, daß sich diese Basisgruppen nicht außerhalb der kirchlichen Gemeinschaft stellen. Ich meine, daß alles darangesetzt werden muß, einem solchen Bruch entgegenzuwirken.“ Der Primas der katholischen Kirche Ungarns, Kardinal *László Léka*, habe seine Bereitschaft zum Gespräch bereits bekundet.

Der irische Missionsbischof *Donal Raymond Lamont* aus dem Karmeliterorden, Oberhirte der Diözese Umtali in Simbabwe, hat die Leitung seines Bistums niedergelegt. Der Papst ernannte den 42-jährigen Generalvikar der Erzdiözese Salisbury, *Alexio Muchabaiwa*, zum neuen Bischof von Umtali. Lamont war seit 1957 Bischof von Umtali. Weil er sich weigerte, Untergrundkämpfer, die in kirchlichen Einrichtungen Hilfe suchten, der weißen Regierung des Landes anzuzeigen, war er 1976 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. 1977 wurde die Strafe zwar auf vier Jahre reduziert, doch gleichzeitig wurde der „Löwe von Umtali“ des Landes verwiesen. Er lebt nach nochmaliger kurzer Rückkehr (nach der Ablösung des Smith-Regimes) in Irland.

Die Behörden Burundis haben die Ausweisung von elf italienischen Xaverianer-Missionaren verfügt. Der Innenminister des Landes, *Stanislas Mandi*, warf ihnen vor, in der Zeit vor dem burundischen Verfassungsreferendum vom 18. November „die öffentliche Ordnung verletzt“ zu haben. Den elf Missionaren wurde vorgeworfen, einen Gebetsgottesdienst für ihren bereits zuvor des Landes verwiesenen Mitbruder *Jean Abeni* veranstaltet zu haben, Abeni, so Mandi, habe seinen Gläubigen einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie „zu devot“ die Politik der burundischen Einheitspartei unterstützten.

Beilagenhinweis:  
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.